

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Testament?  
Erbvertrag?  
Stiftungen?  
Hausverkauf?**

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten. Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG  
DR. DREHER & PARTNER AG  
8702 Zollikon / beim Bahnhof  
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

KEINE REINE LIEBESGESCHICHTE

## Deutsche Professoren in der Schweiz

Deutsche Professoren in der Schweiz spielen seit Beginn des 19. Jahrhunderts eine wechselnde Rolle an Schweizer Universitäten – gründete deren Einstellung anfänglich einerseits auf ausgeprägten Fähigkeiten und andererseits auf einer gleichzeitigen politischen Instrumentalisierung durch die Liberalen, handelten sich die Deutschen Professoren alsbald und wiederholt Irritationen und Rufe gegen die akademische «Germanisierung» ein. Aber auch gelungene Integrationsbeispiele begleiteten stets den Zeitablauf.

In den 1830er Jahren gründeten die triumphiierenden Liberalen neben der ehrwürdig-mittelalterlichen Universität Basel auch in Zürich und Bern eine Hochschule. Für die damalige Massenberufung deutscher Dozenten hatten sie sowohl ehrenwerte wie auch weniger ehrenwerte Gründe: In fast allen Fächern waren die importierten Lehrkräfte wissenschaftlich tatsächlich besser qualifiziert als das heimische Personal. Gleichzeitig entledigte sich die siegreiche Fortschrittspartei der konservativ-städtischen Akademikerelite, die wiederum den ihnen vorgezogenen Fremden heftig grollte. Mit der Berufung der deutschen Gebrüder Ludwig und Wilhelm Snell als Rechtslehrer setzten die Berner Radikalen ein bewusstes staatspolitisches Zeichen. Die Wahl des progressiven Theologen David Friedrich Strauss überspannte allerdings 1839 den Bogen bei der Zürcher Landbevölkerung: Sie zog bewaffnet in die Hauptstadt und putschte erfolgreich gegen die liberale Mehrheitspartei.

### «Akademischer Wartesaal erster Klasse»

In den folgenden Jahrzehnten benutzten die meist sehr jung berufenen deutschen Professoren die Schweizer Universitäten und die ETH nach eigenem Bekunden als «akademischen Wartesaal erster Klasse». Sie sehnten sich nach raschmöglicher Rückberufung in ihre Heimat und verkehrten gesellschaftlich fast nur unter Ihregleichen. In Zürich empfand man den Althistoriker Theodor Mommsen als «ekligen, rüpelhaften Kerl» – um nach seiner Abreise zu realisieren, dass man eine der grössten Begabungen der gesamten Universitätsgeschichte verloren hatte. Das 1864 gemeinsam bezogene Gebäude von Polytechnikum und Universität verdankte Zürich dem genialen deutschen Architekturprofessor Gottfried Semper.

Im Zuge der deutschen Einigung akzentuierten sich die Gegensätze, zumal jetzt vermehrt schneidige Preussen an



PROF. DR.  
CHRISTOPH MÖRGELE  
NATIONALRAT SVP  
STÄFA

die Stelle gemüthlicher süddeutscher Kleinstaatler traten. Im «Alldeutschen Verband» besaßen manche Professoren ein lärmendes Sprachrohr. Bei der Abschiedsfeier für den nach Strassburg berufenen Gynäkologen Adolf Gusserow sprach Gottfried Keller seinen umstrittenen Trinkspruch: Möglicherweise finde Deutschland zu einer Staatsform, die der Schweiz eine Rückkehr ins Reich erlaube. 1871 kam es wegen der Siegesfeier der deutschen Kolonie unter reger Beteiligung der Professoren zum «Tonhallekravall». Im Kantonsrat wurden die Ausschreitungen der Bevölkerung mit dem Motiv «Deutschenhass» begründet, was im nördlichen Nachbarland einige Empörung erregte. Daneben gab es aber auch Beispiele perfekt gelungener Integration: Der aus Hessen stammende Zoologe Carl Vogt amtierte 1873 nicht nur als Gründungsrektor der Universität Genf, sondern auch als National- und Ständerat.

Nicht selten verbanden sich die Seitenhiebe gegen deutsche Hochschullehrer mit antisemitischen Ausfällen. Der Psychiatrieprofessor und Burghölzli-Direktor Eduard Hitzig (dessen Berliner Grossvater bereits Protestant war) wurde

1878 Opfer einer unvorstellbaren Schmutzkampagne der Zeitung «Weinländer». Die trübe Flut falscher Anschuldigungen gipfelte im Ausruf: «Schmeisst ihn 'naus, den Juden Itzig!» Der fehlbare Journalist wurde schliesslich nicht nur mit Gefängnis und hoher Geldbusse, sondern auch mit Landesverweis bestraft – es handelte sich um einen Deutschen.

### Irritationen im Ersten Weltkrieg

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg stellten deutsche Staatsangehörige mit 40 Prozent die bei weitem grösste Ausländergruppe, auch im Lehrkörper der Hochschulen. Hierzulande überwog die Bewunderung ihrer kulturellen und intellektuellen Vormachtstellung: Studenten wie Dozenten übernahmen die akademischen Rituale des grossen Nachbarlandes. Dennoch kam es zum Aufruhr, als der Berner Germanist Ferdinand Vetter 1902 in Nürnberg die Deutschschweiz zur «deutschen Provinz in geistiger Beziehung» erklärte. 1914 eilte Otto Eger, Rektor der Universität Basel, als deutscher Reserveoffizier zu den Fahnen. Gleichzeitig verlangte Chirurgieprofessor Ferdinand Sauerbruch am Zürcher Universitätsspital von seinen Schweizer Assistenten eine ähnliche deutschnationale Gesinnung, wie sie ihn selber beseelte. Ihr Hinweis auf die Neutralität hatte Entlassungen und Kündigungen zur Folge. Es kam schliesslich zu einer ausgedehnten Untersuchung über Sauerbruchs autoritären Führungsstil und seine Bevorzugung deutscher Mitarbeiter. Als er 1918 nach München übersiedelte, unternahmen die Behörden nichts, um ihn zu halten. Der Konflikt mit Sauerbruch bietet ein Spiegelbild der auffallenden Abwendung der Schweizer von Deutschland während der damaligen Kriegsjahre.

### Unbehagen vor Braunen und Roten

In den Zwischenkriegsjahren prägte die Angst vor einer Provinzialisierung unse-

## Scheuklappen ablegen, Hirn einschalten

In einem ganzseitigen Inserat in der NZZ haben verschiedene Professoren der SVP vorgeworfen, eine rassistische und fremdenfeindliche Kampagne lanciert zu haben. Grund für das professorale Ausrasten war ein harmloses Inserat der SVP der Stadt Zürich (siehe Seite 6), welches den deutschen Filz an der Uni und an den Spitälern thematisiert.

ZB. Die SVP des Kantons Zürich hat die Thematik der deutschen Staatsangehörigen an der Universitätsklinik Zürich bereits im Jahre 2001 (Anfrage 298) thematisiert. Das Thema ist also nicht neu, es hat sich jedoch aufgrund der vollen Personenfreizügigkeit noch weiter verschärft. Durch die mediale Berichterstattung hat die SVP viele Zuschriften von Studenten, Assistenten, Doktoranden und Professoren erhalten, welche vollumfänglich den deutschen Filz belegen.

Die SVP des Kantons Zürich wird vom Regierungsrat und vom Universitätsrat Auskunft über die Personalentwicklung betreffend deutschen Staatsangehörigen verlangen. In der Wissenschaft zählen bekanntlich Fakten und nicht Behauptungen. Dies gilt sowohl für die SVP wie auch für diejenigen Professoren, welche das Inserat unterschrieben haben.

Gleichzeitig hält die SVP fest, dass sie an einer international ausgerichteten Universität interessiert ist, welche im wissenschaftlichen Wettbewerb mithalten kann. Die best qualifizierten Köpfe gilt es für unsere Universität zu gewinnen. Ob es sich dabei um Deutsche, Amerikaner, Japaner, Franzosen oder Schweizer handelt,

spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Das «Academic Ranking of World Universities 2009» stellt den deutschen Universitäten jedenfalls ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Unter den ersten 22 Universitäten finden sich ausschliesslich amerikanische und britische sowie ein japanisches Institut. Auf Rang 23 folgt die ETH Zürich. Die beste deutsche Universität (München) findet sich erst auf Rang 56 noch hinter der Universität Zürich. Vor den deutschen Universitäten kommen noch die Holländer, die Schweden, die Franzosen, die Dänen und die Kanadier.

Wer also glaubt, dass mit einer deutschen Akademikerschwemme die Qualität der Universität Zürich gehoben werden kann, befindet sich auf dem Holzweg. Dies hat nichts mit Rassismus, sondern mit harten Fakten zu tun. In Anbetracht der Grösse von Deutschland muss die Qualität der deutschen Universitäten als erbärmlich eingestuft werden.

Wir raten also den Verantwortlichen der Universität Zürich bei der Auswahl der Professorenstellen nicht in erster Linie die Sprachkompetenz, sondern die wissenschaftlichen Leistungen zu gewichten. Filz ist hinderlich.

re Hochschulen mehr als jene vor einer Überfremdung. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme beschritten die hiesigen Universitätslehrer trotz einzelnen Fällen von Verunsicherung den Weg des demokratischen Rechtsstaates und damit auch der Forschungsfreiheit. Dies zeigte sich etwa 1936 bei der Neubesetzung der Zürcher Professur für Hygiene, als man auch die Rassenhygiene als Lehrfach diskutierte. Berufen wurde schliesslich der weltoffene, betont nazifreudliche Bündner Mikrobiologe Hermann Mooser. Bei Kriegsende entliessen die Fakultäten etliche Dozenten, die der NSDAP angehört hatten; gleichzeitig versuchten sie, den vielfach zerstörten deutschen Universitäten geistig und ma-

teriell beizustehen. Nach 1968 entzündeten sich die Konflikte vorwiegend am linken deutschen Nachwuchs, etwa im Fall der verweigten Berner Habilitation des marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz. Einen Höhepunkt des Unbehagens gegen die akademische «Germanisierung» stellte 1998/99 die Affäre um den Bauchchirurgen Rainer Grüssner am Universitätsspital Zürich dar. Streitpunkte bildeten falsch angegebene Operationszahlen, das Tragen eines PhD-Titels und nicht zuletzt der Vorwurf eines «deutschen Filzes» beim Wahlgeschäft. Umgekehrt fühlte sich die 2004 entlassene Theologin Ellen Stubbe vom Rektorat gleich in doppeltem Sinne gemobbt – als Frau wie als Deutsche.

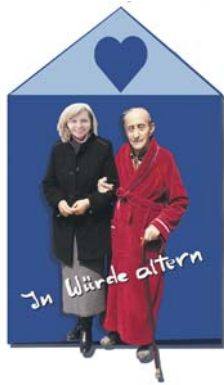


### Hotel-Restaurant Sonne

Familie Zorica Fak  
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg  
Telefon 055 414 12 30  
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

Neu in Ihrer Region:  
24-Stunden-Betreuung  
in den eigenen 4 Wänden



I-W-A In Würde altern  
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33  
Fax 0041 (0) 844 55 44 00  
E-Mail: info@I-W-A.ch  
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei  
Hanspeter Rütschi  
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01  
www.schreinerei-ruetschi.ch  
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

## Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort



wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau  
Tel 044 935 25 46  
info@wideg.ch  
www.wideg.ch



Sparen Sie bei den Hypotheken!  
Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG  
Finanzierungsberatung für Private und Firmen

Uster-West 18  
Postfach 430, CH-8610 Uster  
Telefon 043 366 53 53  
Fax 043 366 55 83  
info@hypotheken-boerse.ch  
www.hypotheken-boerse.ch



Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG



**Beliebter als das Fischstäbchen**



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Er habe einen verdorbenen Fisch gegessen, erklärte 2005 ein bleicher Christoph Blocher nach seiner Darmoperation dem Kollegen Couchepin. Ein Gesicht wie nach dem Genuss eines verdorbenen Fisches zog jeweils auch Daniela Lager, wenn sie Bundesrat Blocher in der Sendung «10 vor 10» befragen musste. Zum Trost durfte die progressive Fernsehmoderatorin bei ihrem Bootstrip auf dem Mekong diese Festtage unverdorbenen Pangasius-Fische aus reinster Bio-Zucht anpreisen. «Ich komme mit dem Geld nicht klar», meint Daniela Lager ganz nach dem Vorbild ihres Arbeitgebers SRG. Ihr Bekenntnis galt aber lediglich der lokalen Währung, ist doch die Sprecherin vom Leutschenbach laut «Sonntagszeitung» pro Auftritt und Privatanlass zehntausend Franken wert. Ein Schnäppchen, wenn man bedenkt, dass sie es soeben auf die «Glückspost»-Liste der hundert schönsten Schweizer geschafft hat – neben andern Beauties wie Kurt Aeschbacher und Beni Thurnheer. Stephanie Glaser, Nella Martinetti und Pfarrer Ernst Sieber wurden diesmal leider nicht mehr berücksichtigt.

Auf den Gewässern des Drachendeltas läuft Daniela Lager zur Hochform auf: «Pangasius ist einer der Exportschlager Vietnams und in der Schweiz fast schon beliebter als das Fischstäbchen.» Fischessen sei gesund, aber nur, wenn der Fisch, den man isst, auch gesund ist. Und schon stehen wir mit Daniela mitten in der «einzigen» Bio-Suisse-zertifizierten Pangasius-Farm. Dann verfolgen wir die appetitliche Zubereitung «unter strengsten hygienischen Bedingungen». Dann vergleichen wir das glückliche tote Bio-Exemplar samt Coop-Verpackung mit dem unglücklichen toten Antibiotika-Filet.

Lagers Reisebegleiter heisst Pascal Nufer. Er wohnt in Bangkok und berichtet als Korrespondent für zahlreiche schweizerische und deutsche Medien. Und ist Mitinhaber der Firma «Mediawok» für «Medienarbeit nach Mass». Und arbeitet für Deza und Caritas. Und gibt Reisetipps. Und konzipiert Prospekte und Werbefilme. Zu den wichtigsten Reiseveranstaltern nach Asien gehört das Unternehmen DKSH. Der Schweizer Importeur der Bio-Pangasius-Fische heisst – DKSH! Beim Konzern ist man zweifellos erfreut über das schamlose product placement von Fernsehen SF. Eigentlich müsste die DKSH anstelle der Gebührenzahler die teure Mekong-Reise finanzieren. Aber vielleicht tut sie es ohnehin.

**JA ZUM FAIREN UMWANDLUNGSSATZ!**

**Pensionskassen nicht ruinieren**

Angesichts der strukturellen Schieflage müssen Pensionskassen dauerhaft zu hohe Renditeerwartungen erfüllen und daher zu grosse Anlagerisiken eingehen. Das gefährdet die Renten auf fahrlässige Weise. Will man eine finanzielle Aushöhlung der Pensionskassen verhindern, dann muss der Umwandlungssatz gesenkt werden.



HANS KAUFMANN NATIONALRAT SVP WETTSWIL

Wer in Rente geht, kann, sofern es die Statuten zulassen, sein Altersguthaben beziehen (2008: Kapitalbezüge 5,1 Mrd. Franken, ausbezahlte Altersrenten 17 Mrd. Franken) und selbst verwalten. Bezieht der Rentner sein Altersguthaben am Tage der Pensionierung, dann muss er überlegen, auf wie viele Jahre er seine jährlichen Bezüge aufteilen will. Er müsste seine eigene Lebenserwartung festsetzen und Annahmen für die Verzinsung seines Alterskapitals treffen. Schätzt er die künftigen Kapitalerträge zu hoch ein, oder lebt er länger als erwartet, dann ist sein Alterskapital rascher als budgetiert aufgezehrt. Er muss dann selbst für diese Finanzierungslücke aufkommen.

**Fehleinschätzungen**

Dass unsere Lebenserwartung und damit die Pensionierungszeit laufend zunimmt, ist bekannt. Sie lässt sich zwar nicht für jeden Einzelnen, aber doch für die Gesamtheit der Versicherten relativ zuverlässig abschätzen. Anders sieht es bei den künftigen Kapitalerträgen aus. Erstens lassen sich diese nicht verlässlich vorhersagen und zweitens wirken sich Fehleinschätzungen in dieser Beziehung weit dramatischer aus.

Wie leicht man sich in dieser Beziehung doch irren kann, das haben einige unserer Ratskollegen mit ihren Behauptungen anlässlich der Revisionsarbeiten in den Räten vordemonstriert. So meinte die Finanzexpertin der Sozialdemokraten, Anita Fetz, vor drei Jahren im Ständerat, dass in einigen Jahren eine

Senkung des Mindestumwandlungssatzes nötig werden könnte, aber erst, wenn sich die Rendite und die Lebenserwartung substantiell verändert hätten. Eine Absenkung wäre nur zu rechtfertigen, wenn die Anlage-Renditen sinken würden. In dieser Beziehung sehe der Bundesrat aber zu schwarz. Die Renditen der Pensionskassen seien in den letzten Jahren sehr viel besser, als angenommen ausgefallen und sie seien es immer noch.

Ich habe nachgerechnet, wie sich die Renditen in den letzten 3 Jahren effektiv entwickelt haben und was die Folgen sind. Statt der notwendigen Verzinsung von rund 9 Prozent resultierten in diesen vergangenen 3 Jahren je nach PK-Index Anlageverluste von 0,3 bis fast 17 Prozent. Im Franken ausgedrückt summiert sich die Differenz zwischen Soll- und Ist-Erträgen bezogen auf das damalige PK-Vermögen von 600 Mrd. auf 50 bis 100 Mrd. Franken. Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner behauptete im Nationalrat allen Ernstes, die Börsenentwicklung, d.h. die Finanzerträge, hätte nichts mit dem Umwandlungssatz zu tun. Er suggerierte, die Inflation werde in den nächsten Jahren wesentlich über den in der bundesrätlichen Botschaft angenommenen 1,5 Prozent liegen, weshalb die Zinsen nicht weiter sinken würden. Die Realität hat auch diese Aussagen relativiert.

**Kapitalerträge reichen nicht**

Die notwendige Verzinsung eines Pensionskassenvermögens setzt sich aus dem Mindestzins für das Ansparguthaben der Aktiven, dem technischen Zins für die Rentnerguthaben, einer jährlichen Reserve für die Demographie und einer Abgeltung der Verwaltungskosten zusammen. Je nach dem Verhältnis der

Beitragszahler zu den Rentnern und der Höhe des Mindest- und des technischen Zinssatzes, des Demographie-Ausgleichs und der Verwaltungskosten ergibt sich für die einzelnen Kassen eine unterschiedliche notwendige jährliche Verzinsung des Kapitals. Wenn diese nicht erreicht wird, dann erodiert das Alterskapital, weil mehr Renten abfließen als notwendige Kapitalerträge anfallen. Der Minderertrag geht voll zu Lasten der Aktiven. Seit dem Jahr 2000 liegen die erzielten Kapitalerträge der Pensionskassen deutlich unter der notwendigen Verzinsung.

In normalen Jahren stellen die Kapitalerträge gegen ein Drittel der Einnahmen der Pensionskassen dar. Von 2003 bis 2007 betrug die Bruttokapitalerträge der Schweizer Pensionskassen beispielsweise 73 Mrd. Franken, die Beiträge 162 Mrd. Franken. 2008 resultierte aus dem Anlagegeschäft jedoch ein Verlust von 76,2 Mrd. Franken.

**Tiefe Verzinsung**

Die Zinsen sind im Zuge der Finanzkrise weltweit auf historische Tiefststände gefallen und angesichts der fragilen Weltwirtschaft und der massiv angestiegenen Staatsverschuldung werden die Notenbanken die Zinsen wohl nur beschränkt anheben können. Wohin tiefe Zinsen über mehrere Jahre führen und damit zu geringe Erträge für die Altersvorsorgewerke hat uns Japan vordemonstriert. Leider muss zusehends auch in Europa und in den USA mit japanischen Verhältnissen, d.h. mit einer lange anhaltenden Tiefzinsphase, gerechnet werden. Per Ende 2008 waren rund 56 Prozent der Kapitalanlagen unserer Pensionskassen von 535 Mrd. Franken in Zinsinstrumenten angelegt (Cash, Darlehen, Obligationen, Hypotheken).

Aber auch ein Zinsanstieg würde viele Pensionskassen in Schwierigkeiten bringen. So wie bei fallenden Zinsen nebst den laufenden Zinserträgen Kursgewinne anfallen, bedeuten Zinssteigerungen Kursverluste auf Obligationen. Wir sind heute auf einem derart tiefen

**WORUM GEHT ES?**

**Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes**

Die Stimmberechtigten entscheiden am 7. März 2010 über die Anpassung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule unserer Altersvorsorge. Mit der Anpassung soll die berufliche Vorsorge nachhaltig gesichert werden. Weil die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt, muss das individuell angesparte Kapital länger reichen. Damit das Kapital länger reicht, soll der Umwandlungssatz – der Satz, der das gesparte Altersguthaben in jährliche Renten umrechnet – stufenweise innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten von heute 7,05 Prozent für Männer und 7,0 Prozent für Frauen auf 6,4 Prozent für Frauen und Männer angepasst werden.

Zinsniveau angelangt, dass bereits bei einem Zinsanstieg um 1 Prozent für 10-jährige Staatsanleihen die laufenden Erträge nicht mehr ausreichen, diese Kursverluste auszugleichen. Es trifft zwar zu, dass bei einem Zinsanstieg fällig werdende tiefverzinsliche Obligationen und die Zinserträge nach und nach in höherverzinsliche Papiere reinvestiert werden können, aber diese Umschichtung dauert Jahre.

**Finanzielle Aushöhlung droht**

Um eine höhere Rendite zu erzielen, müssen meist auch höhere Risiken eingegangen werden. Wenn eine Pensionskasse über Schwankungsreserven verfügt, dann ist dies vertretbar. Die Risikofähigkeit von Pensionskassen in Unterdeckung ist jedoch eingeschränkt. Leider befindet sich derzeit die Mehrheit der Pensionskassen trotz der meist zweistelligen Performance der Kapitalanlagen in den ersten 11 Monaten 2009 immer noch in einer Situation, die ihnen kein Eingehen erhöhter Anlagerisiken erlaubt. Es wird deshalb schwierig sein, in den nächsten Jahren die nötige Verzinsung der Altersguthaben zu erwirtschaften. Man kann es auch anders ausdrücken: Wenn die Kapitalerträge längerfristig um 1 Prozent unter der notwendigen Verzinsung liegen, dann hat dies für die Pensionskasse etwa die gleichen Konsequenzen wie eine Verlängerung der Lebenserwartung um 3 Jahre. Will man eine finanzielle Aushöhlung der Pensionskassen verhindern, dann muss der Umwandlungssatz gesenkt werden.

**BUNDES RAT IN DER VERANTWORTUNG**

**Nein zur «Hunter-Strategie» der Post**

Die SVP ist sehr besorgt über die Entwicklungen bei der schweizerischen Post. Die Rücktritte aus dem Verwaltungsrat und insbesondere deren Begründung lassen darauf schliessen, dass in der strategischen Führung der Post eine gefährliche Orientierungslosigkeit beziehungsweise ein Machtkampf bezüglich der zu verfolgenden Unternehmensstrategie herrscht.

ZB. Für die SVP kommt es nicht in Frage, dass die Post als Staatsbetrieb eine riskante Auslandsstrategie verfolgt. Die Post hat sich vielmehr auf ihr Kerngeschäft im Inland zu konzentrieren und muss sich in Zukunft als wichtige Service-Public-Anbieterin in einem liberalisierten Markt bewähren. Der Bund als Eigner hat nun rasch Klarheit über den einzuschlagenden Weg zu schaffen, wenn nötig auch mit einem Wechsel an der Spitze des Verwaltungsrates.

**Klärung und Konsequenzen**

Die jüngere Schweizer Wirtschaftsgeschichte kennt genügend Beispiele riskanter und gescheiterter Auslandsstrategien von Unternehmen, die teilweise auch den Bund und die Steuerzahler teuer zu stehen kamen (Swissair, Swisscom). Es kann nicht sein, dass die schweizerische Post nun ernsthaft solche Strategien verfolgt, während sie durch die angelaufene Liberalisierung des Marktes in ihrem inländischen Kerngeschäft eigentlich genügend gefordert wäre. Die Post muss ihre Rolle als auch in Zukunft prägende Service-Public-Anbieterin von Post-, Zahlungsverkehrs- und Logistik-Dienstleistungen im Inland finden. Riskante Auslandsstrategien wie auch die Ausrichtung hin zu einem Mischkonzern

gehören aus Sicht der SVP klar nicht zu ihrem Auftrag. Der Bundesrat ist nun als Eignervertreter gefordert, rasch Klarheit über die künftige Ausrichtung der Post zu schaffen. Die Schwächung der Organisation durch einen Aderlass in Verwaltungsrat und Management ist umgehend zu stoppen. Zudem ist die Rolle des Verwaltungsratspräsidenten im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen und Monate durch das UVEK und, wenn nötig, das Parlament umfassend zu klären. Danach sind entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Die SVP plant in der Frühjahrssession 2010 eine dringliche Interpellation zu den Problemen bei der Post einzureichen. Dabei sollen vom Bundesrat insbesondere Fragen im Zusammenhang mit der undurchsichtigen Konzernstrategie, dem Auswahlverfahren des Verwaltungsratspräsidenten sowie der massiven Ausgabensteigerung beim Verwaltungsrat beantwortet werden. Die SVP will auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Post, welche ihre Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vollumfänglich wahrnehmen kann. Das gefährliche Spiel mit Volksvermögen durch riskante Auslandsstrategien bzw. eine verfehlte zukünftige Ausrichtung des Konzerns ist frühzeitig zu stoppen.



Einladung zur 4. öffentlichen sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik

**Samstag, 23. Januar 2010**

9.45 – 12.00 Uhr

**Grossrats-Saal im Grossratsgebäude Obere Vorstadt 10, 5000 Aarau**

KKdt André Blattmann,

**Schweizer Armee**

**Sicherheit und Freiheit**

Nach dem Referat Diskussion mit dem Publikum (Apero bis längstens 13.00 Uhr)

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE – Aktion gegen Kriminalität Postfach 23, 8416 Flaach



KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

# Kantonsrat gegen Kopftuchverbot an Schulen

An der ersten Sitzung im neuen Jahr befasste sich der Kantonsrat mit dem Kopftuchverbot an Zürcher Schulen und der Eigenverantwortung fremdsprachiger Erziehungsberechtigter. Zudem stand der Verzicht der neuen Eigenmietwertbesteuerung auf der Traktandenliste.



YVES SENN  
KANTONS RAT SVP  
WINTERTHUR

Mit einer Motion forderten **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf), **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) und die aus dem Kantonsrat ausgetretene Nationalrätin **Natalie Rickli** (SVP, Winterthur) die Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Religion und Geschlecht. Ebenso sollen die Sanktionen gegen die gesetzlichen Vertreter von Schülerinnen und Schüler, die sich nicht an diese Rechte und Pflichten halten, definiert werden. **Barbara Steinemann** betonte im Rat, dass die Motion zwar bereits seit zwei Jahren auf der Traktandenliste steht, aber nun wie von Zauberhand in den zeitlich richtigen Kontext gesetzt wurde. Breite Teile der Bevölkerung und vor allem die betroffenen Bildungspersonen und ihre Schüler stehen vor der Frage, wie die Integration einer je nach geografischen Herkunft schwer anpassungswilligen Glaubensgemeinschaft in der Praxis zu bewerkstelligen sei. Vor einem knappen Jahr habe ein Teil des Inhaltes der Motion den höchst Richterlichen Segen erhalten. Das Bundesgericht habe am 24. Oktober 2008 in einem neuen Grundsatzentscheid anhand des Schwimmunterrichts die Integration vor die Glaubensfreiheit gestellt und damit ausdrücklich seine bisherige Praxis verlassen. Konsequenterweise wurden dann von der Bildungsdirektion neue Richtlinien erstellt. Das Thema Schuldispens sei damit hoffentlich erledigt. Es verbleibe also die Frage der Bekleidungs Vorschriften in Zürcher Schulen. Verschleierte Frauen werden in der Schweiz oftmals als provokant und Symbol der Unterdrückung empfunden. Jede erwachsene Frau habe jedoch selbst zu entscheiden, ob sie sich verhüllen möchte oder nicht, da sie die Konsequenzen tragen müsse. Aber Kinder mit Kopftuch aufwachsen zu lassen, sei ein Zeichen von religiöser Apartheid. Wo, wenn nicht in der Schule, soll den Kindern beigebracht werden, dass hierzulande den Menschen individuelle Rechte zustehen, um ihrer selbst willen. Es soll die Stärke unseres Landes und damit auch unserer Schulbehörden sein, dass unser Staat Rückgrat gegen patriarchalische Relikte zeige, zumal solche Mädchen in der Regel in völlig anderen sozialen Mustern aufwachsen. Was nützen uns Integrationsgesetze und Integrations-

kommissionen, wenn wir das Recht auf Ausgrenzung zulassen würden. Gesetze im Sinne einer säkularen Gesellschaft würden den Kindern und Frauen den Rücken stärken. Wie sollen sich so junge Mädchen gegen ihre Väter durchsetzen? Kinder mit dem Kopftuch in die Schule und in den Kindergarten zu schicken, habe auch nichts mit Religionsfreiheit zu tun; es qualifiziere das Mädchen als Wesen, das weniger Freiheiten habe als die Brüder und die anderen Schulkameradinnen, so die Juristin. **Matthias Hauser** betonte im Rat, dass die Integration in unsere Kultur eine Grundvoraussetzung sei. Wer gesondert behandelt werden wolle, ecke an und signalisiere keine Bereitschaft zur Integration. Integration nütze zuallererst den zu Integrierenden. Käppli werden im Unterricht verboten, Schleier aber nicht. Auch die EDU betonte im Rat, dass unsere Forderungen die Integration und den Religionsfrieden fördern. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) betonte, dass viel von Rechten geredet werde. Es gäbe aber auch Pflichten in unserem Staat. Wer unseren Vorstoss ablehnen wolle, sende ein falsches Signal aus. Die Motion wurde abgelehnt.

### Eigenverantwortung

Mit einer Motion forderten **Theres Weber** (SVP, Uetikon a.S.), **Matthias Hauser** und **Willy Haderer** (SVP, Untertengstringen), dass per Gesetz fremdsprachige Erziehungsberechtigte an den Kosten für Übersetzungen massgeblich beteiligt werden. Grundsätzlich ist die Amtssprache im Kanton Zürich Deutsch. Die öffentliche Hand muss den Anspruch stellen, dass Informationen, Weisungen usw. in der Amtssprache verstanden werden. Dies ist in der Realität bei fremdsprachigen Erziehungsberechtigten oft nicht der Fall. Elternabende in der Stadt Zürich werden zum Teil in fünf und mehr Sprachen übersetzt, ebenso Elternbriefe. Damit erreichen Schulgemeinden zwar, dass wichtige Informationen verstanden werden, entbinden aber gleichzeitig fremdsprachige Eltern von der Notwendigkeit, für wichtige Belange die Amtssprache erlernen zu müssen. Dies wiederum erschwert auch den Kindern das Sprachenlernen und somit die erfolgreiche Integration. Um die Eigenverantwortung des Deutscherwerbs für Integrationswillige zu manifestieren, sollen Gemeinden ihre amtliche Kommunikation in verschiedene Sprachen übersetzen, insbesondere den Erziehungsberechtigten die Kosten für den Übersetzungsaufwand verrechnen können. **Theres Weber** betonte im Rat, dass das Wort Eigenverantwortung für viele zum Fremdwort geworden ist. Warum

sollten wir in der Schweiz an Elternabenden hochdeutsch sprechen? Wenn sie nach Frankreich auswandern, interessiert es niemanden, welche Muttersprache sie sprechen. Eigenverantwortung müsse in diesen Bereichen gross geschrieben werden. Wer weder die Sprache noch unsere Regeln beherrsche, gehöre nicht an unsere Schulen. Es sei erstaunlich, wie wir Personen mit anderer Muttersprache immer wieder entschuldigen. Interessant wäre auch zu wissen, wie viele Personen von den Beratungen und den Übersetzungen im Kanton Zürich wohl leben. **Matthias Hauser** betonte, dass einige fremdsprachliche Jugendliche ihre Grenzen verlieren, weil sie ihren Eltern in der Sprache überlegen sind. Würden wir Schluss machen mit den Übersetzungen, könnten soziale Probleme verhindert werden. **Willy Haderer** hielt zudem fest, dass das Erwerben von Sprachkenntnissen für Schüler und Eltern ein enorm wichtiges Integrationsobjekt ist. Dies müsse unbedingt erfüllt werden. Die Motion wurde abgelehnt.

### Eigenmietwertbesteuerung

Ein dringliches Postulat von **Barbara Steinemann** verlangt vom Regierungsrat den Verzicht der neuen Eigenmietwertbesteuerung auf das Jahr 2010. **Barbara Steinemann** betonte im Rat, dass die Zürcher Hauseigentümer, die ihr eigenes Haus oder ihre eigene Wohnung bewohnen, mit einer höheren steuerlichen Belastung konfrontiert werden. Der Eigenmietwert erhöhe sich um durchschnittlich 10 Prozent. Der Kanton Zürich betritt mit dieser exorbitanten Steigerung Neuland. Zum Vergleich: Der Kanton Thurgau erhöhe den Eigenmietwert um 0,1 bis 0,4 Prozent. Zudem bewerte der Kanton Zürich im interkantonalen Steuerwettbewerb ohnehin sehr hoch. Bereits heute, also vor der Erhöhung der Steuerwerte, würde für die interkantonale Steuerauscheidung der Wert von Zürich seit Jahren nur mit 90 Prozent berücksichtigt. Dies beweise, dass der sogenannte bürgerliche Regierungsrat die Liegenschaften im Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich besteuere. **Hans Egloff** (SVP, Aesch) betonte, dass der Regierungsrat die Grundlagen überprüfen soll und zur Kenntnis nehmen, dass sich die Ausgangslage geändert hat. Zudem solle den Hauseigentümern nicht die Mittel entzogen werden, seien diese doch besser in Energiesparmassnahmen am Haus zu investieren.

Erstaunlich sei, dass der Regierungsrat die zu erwartenden Mehreinnahmen weder im Budget noch im Novemberbrief erwähnen würde. Das Postulat wurde abgelehnt.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Pyrrhussiege für die politisch Verwahrlosten



B. STEINEMANN  
KANTONS RÄTIN SVP  
WATT-REGENSDORF

Letzten Montag hatte der Kantonsrat anhand einer SVP-Motion die simple Frage zu klären, ob Kopftücher in Zürcher Schulen erlaubt bleiben sollen. Während jede erwachsene Frau für sich selbst entscheiden soll, ob sie sich verhüllt oder nicht, ist bei schulpflichtigen Mädchen und Kindergartenkindern ein Kopftuch ein Zeichen von religiöser Apartheid. Ein Kind unter dem Schleier will kein politisches Zeichen setzen, will sich nicht abgrenzen, hat keine dezidiert religiöse Überzeugung. Gesetze im Sinne einer säkularen Gesellschaft würden den Kindern und Frauen den Rücken stärken.

Solche Selbstverständlichkeiten müssten eigentlich nicht näher begründet werden, wenn nicht FDP, CVP, Grünliberale, Grüne und SP geradezu überzeugt von Kopftüchern in Zürichs Schulen wären: «Wer eigene Werte durchsetzen will, ist intolerant», sagte etwa der Grünliberalen-Sprecher. Dieser Vorstoss sei «schikanierend und diskriminierend» und komme einer «Zwangshelvetisierung» gleich, ist die Ansicht der Grünen. Während die ganze politische Kaste unablässig Integration predigt und die Linksbürokraten ständig überlegen, wie die Frauen noch besser gleichgestellt werden könnten, scheinen bei solchen mädchenfeindlichen Trachten zur Demonstration der Andersgläubigkeit der Eltern andere Vorzeichen zu gelten. Menschenrechte, Bildungsrechte und das Recht auf Selbstbestimmung muss insbesondere auch für Mädchen durchgesetzt werden, die in völlig anderen sozialen Mustern aufwachsen. Das sind wir den zugewanderten Frauen schuldig, das wären die wahren Gleichstellungsprobleme. Aber die Anti-SVP-Koalition gefällt sich in der Rolle der Verteidiger solcher frauenfeindlicher Symbole, wenn sie damit ihre Gegnerschaft zur SVP demonstrieren

kann. Im Parlament des Kantons Freiburg wurde übrigens die gleiche Forderung eingegeben, allerdings nicht von der SVP, sondern von einer SP-Feministin.

Integrationsrenitente Ausländer waren aber nicht das einzige Thema der ersten Ratssitzung im neuen Jahrzehnt: Bekanntlich hat der angeblich bürgerliche Regierungsrat, dessen bisher nachhaltigstes Wirken darin besteht, dass der Kanton Zürich mit bald einer Milliarde knietief in den Staatsschulden steckt, jene Hauseigentümer, welche in Eigentum selber bewohnen, ins Visier genommen. Ein vom Regierungsrat in Auftrag gegebenes Gutachten, das – wie vom Besteller gewollt – eine angeblich massive Wertsteigerung der Zürcher Liegenschaften seit 2003 (trotz Fluglärmmittel!) feststellt, dient als Grundlage, den Eigenmietwert um durchschnittlich 10 Prozent zu erhöhen. Dieses fiskalisch härtere Anfassende der Eigenheimbewohner passt nicht in die konjunkturpolitische Landschaft, weil auch die Liegenschaften unter Druck geraten sind, die höhere Besteuerung also innert Kürze wieder auf zu hohen Werten basieren wird. Die eigentliche Dreistigkeit ist indes, dass während dem laufenden Spiel die Regeln der Besteuerung geändert werden. Die neuen Werte gelten bereits für die Steuererklärung 2009 und damit rückwirkend. Wäre die regierungsrätliche Ausrede, wonach die Veränderung der Werte ausschlaggebend gewesen seien, richtig, so hätte auch der ordentliche Weg eingeschlagen werden können, aber unser Schuldenmacher-Regierungsrat benötigt sofort frisches Geld. Diesem unliberalen, eigentumsfeindlichen Ansinnen vermochten nur SVP und EDU etwas entgegenzusetzen.

Es gibt keinen Anlass, die solide gewachsenen Vorurteile gegenüber den anderen Parteien zu überdenken. Wie sagte doch gleich König Pyrrhus, als er die Römer in der Schlacht von Asculum besiegte: «Noch so ein Sieg, und wir sind verloren.»

## Regierungsrätliche Taschenspielertricks

Seit Jahren verlagert der Kanton Aufgaben auf die Gemeinden, ohne sie mit den entsprechenden Vollzugskompetenzen auszustatten. Hinter der Verlagerungspolitik stecken zwei Absichten: Erstens sollen Kosten abgewälzt werden, was dem Bürger dreist als Sparmassnahme angepriesen wird. Und zweitens sollen die Gemeinden geschwächt und damit stärker vom Kanton abhängig gemacht werden. Beides dient dem Ziel der Zentralisierung, einem tief sozialistischen Anliegen, das von dem in der Wolle gefärbten Sozialisten Markus Notter seit Jahren mit ungläublicher Hartnäckigkeit an vielen Fronten verfolgt wird.

Angesichts dieses Kräfteingens sah sich der Gemeindepräsidentenverband vor einigen Jahren sogar gezwungen, eine Volksinitiative zu lancieren, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Ziel war es, für Beschlüsse, die zu einer weiteren Lastenabwälzung führen, im Kantonsrat ein qualifiziertes Mehr von mindestens 90 Stimmen vorzuschreiben. Zusätzlich sollten solche Beschlüsse fortan in jedem Fall dem fakultativen Referendum unterstellt sein.

Die Unzufriedenheit der Gemeinden ist offensichtlich und lässt sich nicht wegdiskutieren, was Markus Notter allerdings nicht hindert, es dennoch zu tun. Als geschulter Sozialist weiss er schliesslich um die Bedeutung der Dialektik, der er sich meisterlich zu bedienen vermag. Hin und wieder eine mediale Rauchpetarde oder ein Berichtlein, in dem dargelegt wird, dass alles halb so schlimm sei. In einem kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellten Bericht gelangte er – wen wundert's? – zum Schluss, dass die Gemeinden im Kanton Zürich einen hohen Grad an Autonomie geniessen und dementsprechend über viel Gestaltungsspielraum verfügen. Kanton und die Gemeinden würden sich die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben brüderlich teilen und sich hervorragend ergänzen.

Doch Markus Notter wäre nicht Markus Notter, würde er nicht mit gezinkten Karten spielen und eine Medienkonferenz nicht zum Ziel der Augenwischerei durchführen. Nur wenige Tage nach Vorstellung des Gemeindeberichts holte er bereits zum nächsten Schlag gegen die Gemeinden aus. Mit einem neuen Einbürgerungsgesetz sollen deren Kompetenzen im Einbürgerungsverfahren weitgehend aufgehoben werden. Das ist ein Frontalangriff auf die Gemeindeautonomie, der im Gemeindebericht natürlich mit keinem Wort erwähnt wurde. Und ebenso natürlich ist, dass kein einziges Medium auf diese Diskrepanz hingewiesen hat. Doch selbstverständlich werden die servilen Journalisten wieder zur Stelle sein, wenn es darum geht, über das nächste teure Projekt zu berichten, mit dem Markus Notter der Tendenz begegnen will, dass sich die Menschen angewidert von der Politik abwenden.

### DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... eine Einzelinitiative betreffend Restkostenfinanzierung der gestalterischen Weiterbildungskurse der Zürcher Hochschule der Künste abgelehnt. ☹
- ... ein Postulat betreffend Kanalisierung des Schwerverkehrs auf der A4 bei der Wiedereröffnung der vierspurigen Autobahn für dringlich erklärt. ☹
- ... ein dringliches Postulat betreffend Verzicht auf neue Eigenmietwertbesteuerung auf das Jahr 2010 abgelehnt. ☹
- ... eine Motion betreffend Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler abgelehnt. ☹
- ... eine Motion betreffend Eigenverantwortung fremdsprachiger Erziehungsberechtigter abgelehnt. ☹



## EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

André Ingold



**Alter:** 42 Jahre  
**Beruf:** dipl. Projektleiter Bau, stv. Geschäftsführer  
**Gemeinde:** Dübendorf

### Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich bin seit 2004 Mitglied bei der SVP. Vorher war ich in einer bürgerlichen Ortspartei Mitglied. Aufgrund der schwindenden Mitgliederzahl hat sich diese Ortspartei Anfang 2004 aufgelöst. Für mich war schon vor der Parteauflösung klar, dass ich der SVP beitreten werde. Dies habe ich damals auch kundgetan. So konnten wir den Zeitpunkt der Parteauflösung steuern, damit ich als Gemeinderat anschliessend als SVP-Mitglied politisieren konnte.

### Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Die Partei hat seit meinem Beitritt sehr grosses Vertrauen in mich gesetzt. Im Jahre 2006 habe ich zum ersten Mal für den Stadtrat kandidiert. Gleich auf Anhieb konnte ich einen Platz ergattern. Dies obwohl die Anzahl Sitze reduziert wurde und für die sieben verbleibende Plätze sieben bisherige und vier neue Personen kandidierten. Nun bin ich seit 2006 in der Exekutive und führe das Ressort Sicherheit.

Als echter Dübendorfer ist es mir wichtig, dass sich unsere Stadt in eine positive Richtung entwickelt. Wir haben in der Vergangenheit leider nichts unternommen, um unsere Gemeinde attraktiv zu gestalten. Die Quittung erhalten wir heute mit einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil, der sich vor allem in der Schule bemerkbar macht. Leider müssen dies meine Kinder im Alter von 12 und 14 Jahren täglich miterleben. Auch die linke Bildungspolitik macht uns und den Kindern sehr zu schaffen.

### Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Ich wünsche mir, dass wir vermehrt gemeinsam für unsere Schweiz mit all Ihren Vorteilen einstehen und gegen die linke «soziale» Politik ankämpfen. Unsere Kinder sollen endlich wieder eine Schulbildung erhalten und gefördert werden und sich nicht den Ausländern anpassen müssen. Unsere Kinder sollen am Wochenende wieder in den Ausgang gehen ohne Angst zu haben, dass Sie verprügelt werden, weil sie Eidgenossen sind.

### Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Ich kann mein Vorbild nicht personifizieren. Politiker, die Leistung erbringen und nicht nur ein Prestigeamt bekleiden, verdienen meinen Respekt.

### Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Den SVP-Stadtratssitz am 7. März 2010 verteidigen und meine Familie nicht allzu stark vernachlässigen.

### Für Inserate

Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78  
 inserate@zuercher-bote.ch

## LESERBRIEFE

### Die Angst im Nacken

Vor 70 Jahren wütete um uns der Krieg, Hitler eilte da von Sieg zu Sieg. Unsere Väter mussten Aktivdienst jetzt leisten, monatelang zu Hause fort die meisten. Auch die, die nicht fassten ein Gewehr, hatten es zu Hause sehr schwer. Zusammen mit den Internierten, viele Moore sie drainierten. Auch Waldrodungen waren angesagt, mehr Kulturland war jetzt gefragt. Lebensmittel tat die Regierung rationieren, man konnte wenig nur noch importieren. Frau und Kinder mussten den Stall besorgen, zu Essen gabs dann Hafermehl zum Zmorzen. Die Behörden taten Schweineställe überwachen, keiner konnte schwarz ein Schwein noch schlachten. Auf dem Land hatte jeder jetzt Verwandte, sie hofften ein Brot oder Eier zu bekommen von der Tante.

Es war damals eine schwere Zeit, alle Flüchtlinge aufzunehmen war kein Land bereit. Wer weiss den heut wies wär gekommen, wenn wir alle hätten aufgenommen. Jetzt wird gesagt, es fehlte der Regierung an Mut, hatten die Beamten nicht auch Angst vor Hitlers Wut. Wir sollten nicht mit wenn und aber spekulieren, hoffen, dass so Grauenhaftes nicht mehr kann passieren. Wieso konnte den Wahnsinnigen niemand stoppen, bevor er tat Millionen Menschen ausrotten. Unsere Väter jetzt noch machen schlecht, das darf nicht sein, das ist nicht recht. Muss man ständig in alten Akten wühlen, damit wir uns recht mies dann fühlen. Langsam aber sicher überläuft das Fass, bald wird behauptet Hitler hatte einen Schweizerpass.

Walter Kern, Hettlingen

### Budgetdebatte 2010 – Theater nach Mitternacht

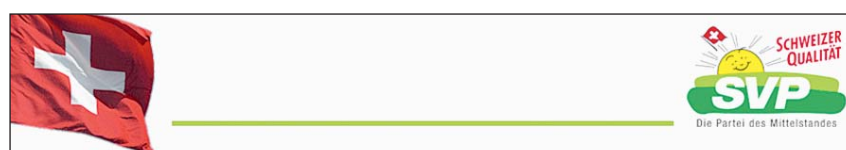
Trotz hervorragender Vorarbeit der Finanzkommission unter Leitung von Martin Arnold (SVP) und dem ambitionierten Ziel, der Geschäftsleitung, in nur zwei Beratungstagen (4 Sitzungen) den Voranschlag 2010 für den Kanton Zürich zu verabschieden, hat sich der Kantonsrat mit dieser Debatte schwergetan. Die meistgewählten Worte waren, unseriös, unmöglich, untauglich und sollten davon abhalten, bei jeglicher Leistungsgruppe eine Kürzung zu erwirken. Das es, unter Führung der SVP-Fraktion, gelang, Abstriche in der Höhe 194 Mio. Franken zu machen, war ein kleines, politisches Weihnachtsgeschenk. Nur die Frage bleibt, ob sich die Bevölkerung, der Steuerzahler, im Kanton Zürich darüber freuen kann?

Die Antwort auf diese Frage lautet eindeutig nein. Der Voranschlag weist noch immer einen Aufwandüberschuss von 525 Mio. Franken auf und die finanziellen Aussichten sind düster wie Gewitterwolken über dem Zürichsee. Die Regierung hat gezeigt, dass sie nicht willens ist, nötige Abstriche bei den Leistungsgruppen zu machen.

Der Kantonsrat hat bewiesen, dass er nicht fähig ist, diese vorzunehmen! Wenn die Bereitschaft fehlt für Kürzungsanträge Mehrheiten zu bilden, dann muss sich der Steuerzahler fragen, ob die richtigen Leute in Regierungs- und Kantonsrat sitzen.

Dass solche Marathonsitzungen auch eine amüsante Seite haben, beweist Christian Mettler (SVP Zürich), indem er Unterlagen und persönliche Gegenstände ungewollt mit Honig versüsste. Das Weihnachtsgeschenk der EDU-Fraktion war eigentlich für anderes vorgesehen, die unsachgemässe Lagerung zeigte aber nachhaltige, klebrige Wirkung und sorgte für eine süsse Überraschung und Gelächter. Das Theater im Rathaus an der Limmat dauerte bis nach Mitternacht und mit dem erzielten, dürftigen Ergebnis waren vereinzelte ablehnende Stimmen zum Budget aus SVP-Reihen sicher. Der umsichtigen Führung von SVP-Fraktionspräsident Hans Frei war es zu verdanken, dass keine Mehrheiten den Voranschlag 2010 zu Fall gebracht haben.

Kantonsrat Lorenz Habicher, Zürich



### SVP Nürensdorf besucht das



Freitag, 29. Januar 2010

09.00 Uhr: Führung durchs Bundeshaus  
 12.00 Uhr: gemeinsames Mittagessen  
 Kosten: Transport (ab 15 Personen Car) Fr. 50.–

Anmeldung an Thurgi Schwendener unter  
 thurgischwendener@sunrise.ch oder 079 430 91 01

### Böses Erwachen im neuen Jahr

Jeder vierte Steuerzahler im Kanton Zürich wird in den nächsten zwei Wochen dicke Post vom Steueramt seiner Gemeinde erhalten: Der Regierungsrat hat beschlossen, die Vermögenssteuern für Liegenschaften und die Eigenmietwerte zum Teil massiv (bis zu 20 Prozent) zu erhöhen. Die erhöhten Werte gelten rückwirkend für das Jahr 2009 und sind in die Steuererklärung 2010 einzusetzen. Der Eigenmietwert (ein vom Fiskus festgesetzter, theoretischer Mietwert für eigengenutzte Liegenschaften, welcher zum steuerbaren Einkommen der Liegenschaftensbesitzer dazu gerechnet wird) ist ein schweizerisches Phänomen. Nur Belgien und Dänemark kennen ähnliche Strafsteuern für Sparer. Wohl auch aus diesem Grunde hat die Schweiz mit rund 35 Prozent (Kanton Zürich noch tiefer) eine der tiefsten Eigenheimquoten der Welt. Dass der Regierungsrat nun mitten in einer wirtschaftlichen Krise die Eigenmietwerte erhöht,

zeugt von wenig volkswirtschaftlicher Sensibilität. Besonders der Mittelstand, welcher in Krisenzeiten am meisten gebeutelt wird, wird zur Kasse gebeten. Durch die Erhöhungen von Eigenmietwert und Vermögenssteuern für Eigenheime werden insbesondere junge Familien davon abgehalten, ihr Ersparnis in ein Eigenheim zu investieren. Als Alternative bleiben die Börse und Anlagen bei Post und Banken, welche mehrheitlich eine schlechtere Bonität darstellen oder praktisch keine Rendite abwerfen. Im Regierungswahlkampf 2007 hatte die heutige Finanzdirektorin des Kantons Zürich, Frau Regierungsrätin Ursula Gut, immer wieder folgendes Bonmot verlauten lassen: «Vor allem die Haushaltsanierung ohne Steuererhöhung fordert grösste Entschlossenheit und Geschlossenheit.» Wishful thinking!

Hans-Peter Amrein, Forch-Küsnacht

### Der Gewinn in die Tasche, der Verlust an den Staat

Laut Berichten aus der Presse gibt es die klare Aussage von Schweizer Top-Managern, an der Spitze Thomas Vollmöller, CEO der Valora-Gruppe, wonach die verstärkte Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die Schweiz keine Gefahr darstelle. Diese Aussage kann ich ganz und gar nicht nachvollziehen. Wenn der EU-Botschafter Reiterer Abfederungsvorschläge von BR Leuthard negiert, frage ich mich ernsthaft, ob er über die Ängste der Schweizer Bevölkerung in der jetzigen Krisenzeit im Bilde ist.

Die Ventilklausel, die notabene von der EU absegnet wurde, nun in Frage zu stellen, finde ich gelinde gesagt ein Vertrauensbruch an der Schweizer Bevölkerung. Dass unseren Top-Managern «das Hemd näher ist als der Rock», haben sie schon übermässig bewiesen. Ich habe noch nie gehört, dass sie für die soziale Abfederung aufgekomen wären, frei nach dem Motto: der Gewinn in die Tasche, der Verlust an den Staat.

Helmut Kiesalter, Zürich

### Fachhochschulstudenten erneut benachteiligt

Bei der Budgetdebatte 2009 im Zürcher Kantonsrat wurden unter anderem über Studiengebührenerhöhungen für die Zürcher Fachhochschulen entschieden. Dies stellt eine erneute Benachteiligung der Fachhochschulstudenten dar.

Gegen die geplanten Studiengebührenerhöhungen sprach meiner Meinung nach nicht viel. Doch wenn diese Erhöhungen nur für die Fachhochschulstudenten gelten, ist dies weder fair, noch logisch.

An den Zürcher Fachhochschulen gibt es immer mehr Studierende, die ein nebenberufliches Studium absolvieren. Die meisten Universitäts-Studierenden hingegen haben keinen Beruf, sind hauptberuflich Student. Sie liegen meist auf den Taschen ihrer Eltern oder beziehen Stipendien vom Staat. Ein solches Stipendium zu erhalten, ist für die meisten Fachhochschulstudenten unmöglich, da sie mit ihrer Lehre gemäss Staat bereits eine Ausbildung haben und das Studium daher «nicht nötig» ist. Da Fachhochschulstudenten meist keine Stipendien erhalten, brauchen sie eine Teilzeitarbeit, doch auch diese ist nicht immer einfach zu finden, da die meisten Firmen bereits top-ausgebildete Fachkräfte wollen.

Die Fachhochschulstudenten leisten mit ihrer Berufstätigkeit einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft. Die Erhöhung der Studiengebühren der

Fachhochschulen stellt eine erneute Benachteiligung der Fachhochschulstudenten dar, denn diese bezahlen dank ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit jährlich Steuern, wovon unser Staat und auch die Universitäts-Studenten profitieren.

In der momentanen Wirtschaftslage sollte man Fachhochschulstudenten eher fördern als behindern. Werkstudenten sind für unsere Wirtschaft sehr wichtig, denn diese können ihr erlerntes Wissen sofort umsetzen und tragen massgeblich zum Wirtschaftserfolg bei.

Ich selbst studiere an einer privaten Fachhochschule und bin daher von diesen Erhöhungen nicht betroffen, da mein ganzes Studium so oder so kostendeckend von mir selbst bezahlt wird. Mitte Dezember protestierten diverse Studierende gegen eine Verdoppelung ihrer bereits sehr niedrigen Studiengebühren. Auch eine Verdoppelung der Studiengebühren ist weit davon entfernt, kostendeckend zu sein.

Meiner Meinung nach sollten alle ausländischen Studierenden ihr Studium bis zur Kostendeckung selbst übernehmen. Denn wieso sollte der Schweizer Steuerzahler für ausländische Studierende aufkommen? Mit dieser Massnahme würde der Kanton Zürich jährlich mehrere Millionen Schweizer Franken einsparen.

Stefanie Fritschi, Volketswil

### Aber, aber, Herr Ledergerber ...

Der ehemalige Stadtpräsident von Zürich führte in einem Zeitungsinterview aus, dass wir Schweizer entweder normale Europäer oder zu Sonderlingen würden. Mit dieser Äusserung warb er für den EU-Beitritt unseres Landes.

Argumente gegen einen EU-Beitritt gibt es jedoch viele, beispielsweise die jährliche Überweisung von 6 Milliarden nach Brüssel, die Übernahme von teils unsinnigen Gesetzen oder die Beschränkung unserer Souveränität. Unwiderlegbare Tatsache ist ferner, dass Bürger aus dem EU-Land Deutschland

(und zwar weder dumme, noch faule) mittlerweile in Zürich die grösste Einwanderergruppe stellen. Im letzten Jahr zogen 29 000 von ihnen in die Schweiz, davon 14 000 allein nach Zürich. Hat sich Ledergerber je überlegt, warum diese Leute der EU den Rücken kehrten und zu uns Sonderlingen in spe zogen? Wahrscheinlich nicht, sonst wäre seine Äusserung nämlich wesentlich differenzierter ausgefallen.

Otto Weiersmüller, Uetikon



SVP PRÄSENTIERT PAPIER ÜBER ERFOLGE UND MISSEERFOLGE

## Halbzeit-Bilanz und Ausblick bis 2011

Die SVP zieht Halbzeit-Bilanz zur Legislatur 2008-2011. Sie hat ein umfassendes Bilanz-Papier über die Erfolge und Misserfolge erstellt. Dank dem Einsatz der SVP konnten unter anderem die Pirateneinsätze vor Somalia verhindert und die Steuern um 1,6 Milliarden Franken gesenkt werden. Ebenfalls wird das Volk dank der Ausschaffungsinitiative der SVP bald über mehr Sicherheit für alle abstimmen können. Zudem hat die Partei in 8 von 11 kantonalen Wahlgängen gewonnen.



NATIONALRAT  
TONI BRUNNER  
PRÄS. SVP SCHWEIZ  
EBNAT-KAPPEL

Die SVP hat sich im Vertrag mit dem Volk wie folgt gebunden und zieht Bilanz aufgrund dieser Wahlversprechen:

- Wir wollen für alle die Steuern senken
- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen

Auf vieles in der ersten Legislaturhälfte bin ich nicht stolz, aber ich kann zumindest verkünden, dass wir erreichen konnten, dass die Steuerbelastung um 1,57 Milliarden Franken für alle gesenkt wurde. Leider wurden gegen den Willen der SVP die Abgaben und Steuern gleichzeitig um über 1,6 Milliarden Franken erhöht. Ebenfalls hat die SVP einen konsequenten Sparkurs eingehalten. Einmal mehr haben aber die anderen Parteien höhere Ausgaben gegen den Willen der SVP im Umfang von über 12,7 Milliarden Franken beschlossen.

Dank der SVP fand eine ausserordentliche Session zum Thema «Verschärfung des Strafrechts» statt. Leider hat der Ständerat bereits etliche vom Nationalrat überwiesene Forderungen wieder rückgängig gemacht oder abgeschwächt. Ebenfalls denke ich an die vom Ständerat verfolgte Verzögerungstaktik im Zusammenhang mit der dringend notwendigen Ausschaffungs-

initiative; dies alles nur aus Angst, dass auch diese Initiative vom Volk angenommen werden könnte.

Dank der SVP mussten Bundesrat und Parlament in der Landwirtschaft handeln und Massnahmen zur Stabilisierung des Milchmarktes ergreifen. Der «Bauernaufstand» von Sempach und die von der SVP initiierte Sondersession haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die negativen Konsequenzen der Personenfreizügigkeit beginnen sich jetzt immer deutlicher zu zeigen. Deshalb hat die SVP die Kündigung dieser Verträge mit anschliessender Neuverhandlung gefordert. Dazu hat die SVP in der Wintersession 2009 auch eine ausserordentliche Session verlangt.

### Wahlerfolge und Mitgliederzuwachs

Als Parteipräsident bin ich natürlich stolz darauf verkünden zu dürfen, dass die SVP in 8 von 11 kantonalen Wahlen in der ersten Legislaturhälfte gewonnen hat. Insbesondere zeigt sich, dass da, wo die Kantonalparteien und deren Fraktionen eine seriöse, klar ausgerichtete Politik gemacht haben, sich dies bei den Wählern ausbezahlt hat. Ebenfalls freut es mich, dass wir über 10 000 neue Mitglieder begrüßen durften. Währendem SP, FDP und CVP gesamt über 100 Sitze in den kantonalen Parlamenten verloren haben, kann die SVP als einzige 12 Sitze dazu gewinnen.

### Auf der Seite des Volkes

Der Vertrag mit dem Volk bleibt für die SVP ganz klar Richtschnur auch für

die zweite Legislaturhälfte. Das undemokratische Verhalten der Classe Politique im Nachgang zum Ja des Volkes zur Minarettinitiative hat klar aufgezeigt, dass die direkte Demokratie von dieser Seite gefährdet ist. Aber nicht nur von linker Seite droht Gefahr. Kaum spricht die SVP offen aus, was alle im Land denken, dass nämlich die Konsequenzen der Personenfreizügigkeit weit schlimmer sind als ursprünglich angenommen, da droht die FDP unverhohlen, dass es sonst nur noch einen Weg gäbe, nämlich den, der EU beizutreten. Da kommt das wahre Gesicht zum Vorschein. Wie viel einfacher wäre es doch, ohne Volk zu regieren.

Die SVP will das Volk noch stärker als bis anhin involvieren. Dabei denke ich einerseits an die Familieninitiative, die auch Betreuungsabzüge für Eltern verlangt, die ihre Kinder selber betreuen oder an die Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates. Insbesondere denke ich an die Möglichkeit einer breit angelegten Volksvernehmlassung zu den Sorgen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger und entsprechenden Problemlösungsansätzen. Wir prüfen auch eine Hotline für Anliegen des Volkes. Auch wenn die SVP nach einem Jahr in der Opposition seit einem Jahr wieder im Bundesrat – wenn auch untervertreten – präsent ist, so ist ihr Hauptanliegen, nämlich auf der Seite des Volkes zu stehen, unverändert.

Der umfassende Bericht zur Legislaturzwischenbilanz 2008–2011 ist auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) abrufbar.

ABSURDER GEBÜHRENANSPRUCH

## Gebührenterror gegen Gewerbebetriebe

Die Billag geht derzeit auf KMU los. Alleine im letzten Jahr sollten von 130 000 Betrieben neu Gebühren eingetrieben werden. Taxifahrer, Lastwagenchauffeure und Kleinbetriebe werden in die Zange genommen. Sie werden neu zur Kasse gebeten oder müssen sogar rückwirkend zahlen.



NATALIE RICKLI  
NATIONALRÄTIN SVP  
WINTERTHUR

Wer in der Schweiz Radio hört oder Fernsehen schaut, muss Empfangsgebühren bezahlen. Mit diesen Gebühren wird in erster Linie die SRG finanziert. Jährlich fliessen der SRG so über 1,12 Milliarden Franken zu – und zwar unabhängig davon, ob man die SRG-Programme nutzt oder nicht. Die Gebühren steigen stetig: Während ein Haushalt im Jahr 1987 noch 280 Franken Gebühren zahlen musste, waren es 2007 schon 462 Franken. Firmen werden zusätzlich zur Kasse gebeten. Auch der Kreis der Gebührenpflichtigen wird ständig ausgeweitet: Neu müssen auch diejenigen zahlen, die ein empfangsbereites Handy oder einen PC haben, unabhängig davon, ob sie das Angebot nutzen. Gerade die Firmen werden so massiv zur Kasse gebeten. Dazu habe ich einen Vorstoss eingereicht mit dem Ziel, diesen Entscheid rückgängig zu machen. Die Kommissionsmehrheit hat diesen Vorstoss sistiert. Ebenso wurde meine Forderung abgelehnt, das Inkasso (Billag) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen. Immerhin hat der Nationalrat vom Bundesrat einen Bericht verlangt, welcher das Inkasso-System und den Kreis der gebührenpflichtigen Geräte untersuchen soll. Statt diesen Bericht zu verfassen, ist der BAKOM-Direktor kürzlich vorgeprescht und hat die Billag quasi unter Heimatschutz gestellt. Er liess verlauten, es gebe eigentlich keine bessere und günstigere Inkassovariante als die heutige.

Schlimmer noch: Die Gebühren sollen auf alle Haushalte ausgedehnt werden, also auch auf jene 2–3 Prozent, die keinen Fernseher oder Radio besitzen. Das ist absurd; denn eine Gebühr bezahlt man für eine Leistung, die man in Anspruch nimmt. Sonst müssten ja auch die Fussgänger eine Autobahnvignette kaufen, weil sie rein theoretisch in der Lage wären, die Autobahnen zu benutzen.

### Intransparente Billag

Die Billag AG, eine 100%-Tochter der Swisscom, wurde 1997 eigens für das Gebühreninkasso gegründet. Für dieses Inkasso, sprich um die Rechnungen für die Radio- und Fernsehgebühren zu verschicken, erhält die Billag jährlich zirka 53 Millionen Franken (aus Gebührengeldern). Die Rechnungen der Billag sind geheim. Erst auf Druck aus dem Parlament hat der Bundesrat die Rechnung offengelegt. Nur so kam zum Vorschein, dass die Billag 2008 einen Gewinn von über 3 Millionen Franken erzielte. Was damit geschieht, ist bis heute unklar. Der Bundesrat wird gebeten, die Rechnung 2009 offenzulegen und weitere Fragen zu beantworten.

### Service public definieren

Neben dem Sparpotenzial bei der Billag, müssen wir die längst fällige Diskussion zum «Service public» führen: Der Kernauftrag der SRG ist zu definieren. Und nur dafür sollen Gebühren bezahlt werden müssen. Diese wiederum sind langfristig zu senken; Gebührenerhöhungen kommen nicht in Frage. Bisher war der Druck auf die Politik zu wenig gross, um dem Treiben der Billag Einhalt zu gebieten und sich gegen Gebührenerhöhungen zu wehren. Zum Glück hat sich nun der Gewerbeverband eingeschaltet. Denn gerade die Kleinunternehmen sind die Geprellten: Zahlen sie zuhause schon Gebühren, werden sie im Kleinbetrieb noch einmal zur Kasse gebeten. Dieser staatliche Gebührenterror muss ein Ende haben.

Vorerst hoffe ich auf Unterstützung meiner Parlamentarischen Initiativen «Keine Gebühren für Handy und PC» und «Kompetenz für Radio- und Fernsehgebühren beim Parlament»: Meiner Ansicht nach soll das Parlament über die Gebührenhöhe entscheiden. Heute liegt dieser Entscheid alleine beim Bundesrat, welcher immer wieder auf die Forderungen der SRG eingegangen ist. Darum zahlen wir so hohe Gebühren. Es ist höchste Zeit, dass die Interessen der Gebührenzahler vertreten werden. Und schliesslich sind wir Parlamentarier die Volksvertreter.

## DER AKTUELLE VORSTOSS

### Interpellation: Offenlegung der Rechnungen 2008/2009 mit Details

NATALIE RICKLI  
NATIONALRÄTIN SVP  
WINTERTHUR

Die Billag bleibt für Private und für Firmen ein Ärgernis. Derzeit hat die Billag KMU im Visier. In diesem Jahr sollen von 130 000 Betrieben neu Gebühren eingetrieben werden, auch rückwirkend. Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf und verweist auf das RTVG. Das ist nicht akzeptabel. Diese Gebühren belasten viele Kleinbetriebe massiv. Warum müssen Firmen überhaupt Gebühren bezahlen?

In der KVF-Sitzung von Ende Februar 2010 werden die Billag, das Inkasso und die Gebühren Thema sein. Um eine umfassende Analyse vornehmen zu können, braucht es zusätzlich zu den Antworten auf die Interpellationen 08.354 und 09.3151 weitere Informationen. Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum werden auch Firmen der Gebührenpflicht unterstellt? Radio hören und fernsehen können ja nur natürliche Personen – und dies auch nur an einem Ort.
2. Ist es korrekt, dass 10 Mio. Franken eingespart werden könnten, wenn die Rechnungen nicht viermal jährlich, sondern nur einmal verschickt würden?
3. Welchen Mehrertrag brachte die RTVV-Änderung, dass auch Gebühren für Handys und PC zu bezahlen sind?
4. Wie präsentiert sich die Rechnung

2009 der Billag (mit Aufwandsdetails und Gewinn)?

5. 2008 macht die Billag einen Gewinn von 3 Mio. Franken. Wie viel Gewinn machte die Billag seit ihrer Gründung bis heute? Was passiert mit dem Gewinn?

6. Wie hoch ist der Unternehmenswert der Billag?

7. Wie viele Franken wurden 2008 und 2009 aufgeschlüsselt auf die Einzelpositionen eingenommen:

- Privater Empfang
- Gebühren für Betriebe, unterteilt nach gewerblichem und kommerziellem Empfang
- Kommerzieller Empfang aufgeschlüsselt nach Kategorie I, II, III

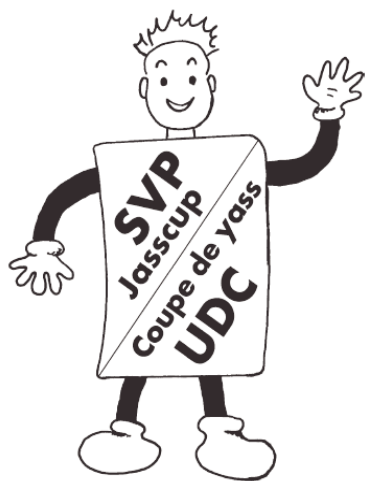
8. Wie viele Franken wurden zusätzlich durch Suisa-Gebühren eingenommen?

9. Wie viele Franken wurden rückwirkend eingetrieben? Wie hoch ist der Ertrag aus Mahngebühren?

10. Wie viele Strafverfahren und Beitreibungen wurden bislang eingeleitet?

11. Wieso will der Bundesrat nicht beantworten, warum der bisherige Billag-Direktor das Unternehmen abrupt verlassen hat und ob er eine Abgangsschuldigung erhalten hat? Die Löhne werden schliesslich mit Zwangsgebühren bezahlt.

12. Der Interims-Direktor der Billag arbeitet früher beim Bakom. Sieht der Bundesrat hier keinen Interessenkonflikt?



### 10. Nationaler SVP Jasscup mit der SVP-Fraktion



Jubiläums - Jasscup der SVP  
Samstag, 20. Februar 2010 in der Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels

#### Wann: Samstag, 20. Februar 2010

Beginn 10.30 - ca. 15.00 Uhr  
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

#### Ort: Sportzentrum Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels (GL)

Das Sportzentrum Linth-Arena SGU bietet genügend Parkplätze.  
Zugreisende fahren bis Ziegelbrücke, ab dem Bahnhof verkehrt ein Shuttlebus.

#### Organisation

Durch die SVP Kanton Glarus mit OK-Präsidenten Marc Ziltener und dem Jass-Obmann der SVP Schweiz, Nationalrat Bruno Zuppiger (Hinwil)

#### Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, schlechteste Passe = Streichpasse, gewertet werden also drei Passen mit 36 Spielen). Detailliertes Reglement liegt auf.

#### Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

#### Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

#### Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

### Anmeldetalon

Ich melde mich für den 10. Nationalen (Jubiläums-Jasscup) an:

Deutschschweizer Karten  Französische Karten  Kartenzuteilung egal

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail oder Fax: \_\_\_\_\_

Talon bis zum 14. Februar 2010 einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58 – Fax 031 300 58 59 – E-Mail: [merian@svp.ch](mailto:merian@svp.ch)



## Fadegrad

## Das Orakel von Delphi



VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Die heutige Sek gilt im Kanton Zürich als zu unübersichtlich. Zudem entlässt sie zu

viele Schülerinnen und Schüler, die keinen Anschluss im Berufsleben finden.» So zu lesen im Tagi vom 4.1.2010. Gibt es eigentlich ein vernichtenderes Urteil für eine Schule? Wir haben ja schon im letzten Jahr von den bedenklichen Resultaten einer Lehrerumfrage gelesen, die weitgehend die Kritikpunkte der SVP an den Schulreformen aufnimmt. Sehen wir in der jetzt durch die Universität Zürich veröffentlichten Studie die Rangliste der Probleme der Lehrerschaft an, dann finden wir uns erneut bestätigt: 1. Belastung der Lehrpersonen (durch administrativen Schnickschnack), 2. Funktion der Klassenlehrperson (wurde weitgehend demontiert, durch Spezialisierung), 3. Lehrmittel (werden durch den eigenen Lehrmittelverlag teuer konzipiert, die Lehrer arbeiten aber lieber mit ihren eigenen Arbeitsblättern), 4. Ausbildung (praxisferne Höhenflüge an der Pädagogischen Hochschule, statt Vorbereitung auf den Beruf), 5. Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen (da ist sie wieder, die verkehrte integrative Schule!), 6. Attraktivität des Lehrerberufs (sinkendes Ansehen in der Öffentlichkeit), 7. Disziplin im Unterricht (wen wundert's, wenn kein Lehrer wirklich verantwortlich ist und die Schüler völlig unterschiedliche Begabungen mitbringen?) und so weiter, und so weiter. Im ersten Artikel über die sogenannte Delphi-Studie, in der zwölf Lehrer unabhängig voneinander auf einen standardisierten Fragebogen antworteten, lautete der Tenor noch auf Überlastung der Lehrpersonen aufgrund einer zu hohen Zahl von Lektionen pro Woche (28). Anscheinend war das der falsche Fokus. Jedenfalls korrigierte der Tagi am Folgetag und titelte «Wenn die Schule ein Hütedienst ist». Hier wird ganz klar aufgegriffen, was den Kern des Problems ausmacht: der integrative Unterricht. Wenn der Präsident der Zürcher Schulleiterkonferenz von sich gibt: «Wir haben Kinder, die viel einfachere Dinge lernen sollten als das, was in der Sek B unterrichtet wird – zum Beispiel ihre Schuhe zu binden», dann bleibt einem die Spucke weg. Die Abschaffung der Sonderklassen war ein eindeutiger Fehler. Erstaunlich aber ist die Wendung, die der Artikel dann nimmt. Die Integration sei eine verkappte Sparübung geworden! Solch ein Blödsinn! Der Schreibende erinnert sich noch sehr gut an die Diskussionen im Vorfeld der Schulreform in der Stadt Zürich. Es war eindeutig, dass das neue System viel mehr kosten würde als das alte und das hat es dann auch. Die Kosten steigen, der Unterricht wird schlechter. Der Ruf nach weiteren Heilpädagogen ist da genau das falsche Mittel, dennoch kommt er auch im Tagi. Statt ein falsches System retten zu wollen, wäre Übungsabbruch gefordert, sagt das Orakel von Delphi!

## Im alten Trott

Zwar ist das Jahr noch neu und jung, doch im Gemeinderat hat die Mehrheit alles andere als einen Neuanfang geschafft, sondern im alten Trott weitergemacht, gleich wie an der Budgetdebatte vor Jahresende: Geld ausgeben mit vollen Händen.



BRUNO AMACKER  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 6

Gleich zu Beginn wurde eines der Lieblingskinder der links/grünen Elite reich bedacht, das Schauspielhaus. Die ohnehin schon üppige Subvention von Fr. 34 773 600.00 soll um ganze Fr. 700 000.00 jährlich erhöht werden. In erster Linie um dem Personal Lohnerhöhungen zu gönnen, welche diese beschlossen hat. Die Warnungen der SVP blieben ungehört: So legte unsere Kultursachverständige Ruth Anhorn überzeugend dar, dass nicht die Stadt dafür gerade zu stehen habe, wenn das Schauspielhaus seinen Mitarbeitern den Lohn erhöhe und schon gar nicht rückwirkend, wie dies vorgesehen ist. Noch haarsträubender war allerdings der Antrag auf Abschreiben bzw. Erlass eines Darlehens von 5 Mio. Franken. Erlass eines Darlehens? Im Klartext heisst dies ja nichts anderes, als dass auf die 5 Mio. Franken Ver-

zichtet wird. Man kann dem, um es mit den Worten von unserem Präsidenten Roger Liebi zu sagen, auch schlicht und einfach Geschenk sagen.

Und dann kam es noch bunter: Als die SVP beim Liebkind der Champagner-Sozialisten, der Schiffbauhalle des Theaters, wo eigentlich kaum mehr Theater gespielt wird, einsparen wollte, stiess sie ebenfalls auf taube Ohren. Dabei versuchten die Linken die Schuld am Debakel, wie könnte es anders sein, von den (damaligen) politischen Verantwortlichen auf die künstlerischen Leiter abzuschieben.

## Kulturleitbild

Und als ob Zürich nicht genug brennende Probleme hätte, wurde sodann in aller Breite das 13-seitige Kulturleitbild behandelt. Auch eine geraffte Darstellung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, weshalb ich mich hier auf ein paar Stichworte und Kennzahlen beschränke. Die Aufzählung ist nicht abschliessend und rein zufällig ausgewählt, sie spricht aber dennoch Bände. Schwerpunkte des

neuen Kulturleitbildes sind unter anderem: Subventionserhöhung Theater an der Winkelwiese, Subventionserhöhung Collegium novum und Gesellschaft Rezital, Erhöhung des Popkredits, Subventionserhöhung Tanzhaus Zürich, Verein Profession Choreographie, Subventionserhöhung Kino Xenix, Neusubventionierung der Lebewohlfabrik, Erweiterung Kunsthaus und ABB Halle, Neufestlegung Subventionen Millers Studio, Verein Fabrikjazz, die Liste liesse sich fast endlos fortsetzen. So unterschiedlich und exotisch, so uninteressant und bedeutungslos diese Institutionen auch alle im Einzelnen sein mögen, ihnen allen gemein ist die Gewissheit, die Gunst der Stadt zu geniessen und stets mit reichlichem Nachschub an finanziellen Mitteln rechnen zu dürfen. Auch dieses Leitbild wurde, mit Unterstützung aller Parteien ausser der SVP, kritiklos abgesegnet.

## Strassenmusikanten

Ein weiteres gewichtiges Problem dieser Stadt brachten die Grünen aufs Tapet und gaben damit auch zu erkennen, wie ihre Prioritäten sind. So verlangen sie für Strassenmusikanten die Einsetzung einer Prüfungskommission für Strassenmusikanten, welche die Qualität dieser überprüfen und dann eine entsprechende Bewilligung erteilen soll. Die entsprechende

Diskussion war derart erbärmlich, dass ich aus Rücksicht auf die Leserschaft darauf verzichte, diese hier wiederzugeben.

## Stadtchronisten gefordert

Nicht weniger unnötig ist die von den Grünen beantragte Schaffung der Stelle eines Stadtchronisten. Da soll also ein Schriftsteller in städtischen Sold genommen werden und die Geschehnisse in der Stadt Zürich aufzeichnen und literarisch aufarbeiten. Ein zusätzlicher beamteter Schriftsteller also, ein weiterer Kulturbeamter mit städtischem Lohn, genau das was der Stadt Zürich am dringendsten fehlt.

Schliesslich folgte noch eine ganze Reihe von Förderkrediten aller Art, so etwa für junge Künstler, Museen und Förderkredite genereller Natur. Man kann das Ganze eigentlich kaum in Worte fassen und sich nur noch fragen, was Politiker dazu treiben kann, in Anbetracht der leeren Staatskasse, der millionenhohen Schulden und Defizite statt zu sparen, im Bereiche der Kultur immer mehr und mehr Geld auszugeben für Projekte ohne oder mit nur zweifelhaftem Nutzen. Nun, in der Stadt Zürich bietet sich dem Bürger und der Bürgerin die Chance, daran etwas zu ändern. Stadt- und Gemeinderat werden neu gewählt. Sie haben es in der Hand.

## SVP LANCIERT THEMA – STICH INS WESPENNEST

## Professorale Überheblichkeit an der Universität

Die SVP hat den Nerv getroffen. Als Auftakt zum Wahlkampf lancierte die SVP Stadt Zürich ein Inserat, in dem sie auf die massiv gestiegene Zahl der Deutschen Professoren und Assistenten an der Universität hinwies. Die Reaktion der Professoren lässt tief blicken.



MARTIN BÜRLIMANN  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 10

Das Inserat der SVP zählt Fakten auf: An der Universität Zürich ist die Zahl der Professoren aus Deutschland massiv gestiegen, ebenso die Zahl der Assistenten und Doktoranden. Die SVP hat sehr viele Hinweise erhalten, dass es einen Filz gibt: Die Professoren ziehen teils ganze Teams nach und verschliessen dem Schweizer Akademikernachwuchs die Tore. Die SVP kann dies mit Fakten belegen.

## NZZ-Inserat als Antwort

200 Professoren, davon 63 Deutsche, haben als Antwort ein ganzseitiges Inserat in

der NZZ veröffentlicht. Bezahlt haben es die Professoren selbst. Federführend beim Inserat war die «selbst ernannte classe élitare», eine wohlbekannte, linke Truppe mit Mitgliedern aus dem Club Helvétique wie die Professoren Imhof und Tanner.

Im Inserat steht: «Wir sind stolz auf den internationalen Ruf unserer Hochschulen und froh, dass exzellente Studierende und herausragende Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und vielen anderen Ländern bei uns tätig sind.» Sie betonen, dass Forschung und Lehre international sein muss und verlangen mehr Offenheit. «Wer sich abschottet, hat verloren.»

Allein dieser Vorwurf ist lächerlich. Jeden Monat strömen tausend Deutsche in die Schweiz, Tendenz steigend. Mit der

Personenfreizügigkeit haben 450 Millionen fremde Menschen einen Rechtsanspruch, hierher zu kommen. Entgegen den brandschwarzen Lügen vor der PFZ-Abstimmung brauchen sie keinen Arbeitsvertrag, man muss nur behaupten, man sei selbständig oder auf Arbeitssuche. Wer in der Probezeit entlassen wird, hat uneingeschränkt Anspruch auf alle Schweizer Sozialleistungen.

Weiter werfen die Professoren der SVP vor, eine rassistische und fremdenfeindliche Rhetorik, Ideologie und Politik zu betreiben. Dies wäre aber eine Straftat. Warum haben dann diese Akademiker keine Anzeige erstattet?

Im Mittelalter peitschte man den Überbringer schlechter Botschaften aus. Heute zieht sich ein analoges Muster durch die medialen Anti-SVP-Kampagnen: Die

SVP zeigt ein Problem auf und wird sofort als rassistisch und fremdenfeindlich verunglimpft.

## Leere Behauptungen der Professoren

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, der Jugend die Tore verschliessen, lauten die hohlen Phrasen der Professoren. Das Unwürdigste, was ein Akademiker tun kann, ist, etwas ohne Fakten zu behaupten.

Wenn die Sache so klar ist wie es scheint, warum haben sie dann nicht eine Tabelle abgedruckt, die die SVP als Lügnerin enttarnen würde? Aus dem einfachen Grund, weil das nicht geht und weil die SVP einmal mehr einen echten Missstand beim Namen genannt hat. Mit der gleichen, billigen Masche wehren sich diese Professoren seit Jahren, die Kriminalitäts-Statistiken nach Nationalitäten aufzulisten.

Nicht die SVP hat ein Problem, sondern diese Professoren, die mit Rundumschlägen und leeren, unbelegten Verunglimpfungen auf die SVP eindreschen.

## Das haben wir den Linken und Naiven zu verdanken:



## Immer mehr ausländische Arroganz!

In der Stadt Zürich haben wir Schweizer immer weniger zu sagen. Immer mehr Schweizer fühlen sich fremd im eigenen Land. Denn:

- In vielen Schulhäusern sind Schweizer Kinder eine bedrohte Minderheit.
- Anmache, Drohungen, Gewalt und Kriminalität durch Ausländer sind an der Tagesordnung.
- Ausländische Ellböglern drängen sich an unsere Arbeitsplätze.
- Arrogante Ausländer treiben die Mieten in die Höhe. In einigen Stadtkreisen sind Wohnungen für Normale bereits nicht mehr bezahlbar. Im Schnitt sind die Mieten bereits um über 40% gestiegen!
- Deutscher Filz macht sich breit: Denn Deutsche stellen vor allem Deutsche an – an der Uni und in den Spitälern.
- Immer mehr Arbeitslose auf Kosten der Schweizer. Denn die Arbeitslosen gehen nicht nach Hause. Sie lassen es sich hier auf Kosten der Schweizer Beitragszahler gut gehen. 2008 waren bereits 44,4% aller Arbeitslosen in der Stadt Ausländer!

Schuld daran sind die Linken und Naiven. Sie holen immer mehr Ausländer in unsere Stadt. Die Ausländerquote beträgt bereits über 30% und dies, obwohl die Linken die Einbürgerungsquote verfünffacht (!) haben.

## Dafür kämpfen wir SVP!

## Mut zur Schweiz!

Die SVP will, dass sich auch Schweizer in Zürich wieder zu Hause fühlen können. Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Sozialwerke müssen zuerst für die heimische Bevölkerung zur Verfügung stehen.

- Schluss mit der Masseneinbürgerung. Die Einbürgerung ist der Schlusspunkt der Integration, nicht der Beginn.
- Keine staatlichen Gelder für teure, aber sinnlose Integrationskurse. Wer in Zürich leben will, muss sich selber anstrengen und sich selber integrieren!
- Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen müssen in separaten Klassen unterrichtet werden, damit die guten Schüler nicht behindert werden.
- Scheinehen müssen konsequent bestraft werden.

Wir SVP stehen zu unserem Wort.  
Das haben wir immer wieder bewiesen.  
Auf uns ist Verlass!

Mehr SVP wählen heisst:  
Mehr Schweiz wählen!

Liste 2

SVP Stadt Zürich, www.svp-stadt-zuerich.ch



Die Partei des Mittelstandes







**Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher**



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

**SVP-KANTONSRA TSFRAKTION**

**Kantonsrat / Fraktion**  
Montag, 11. Januar 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach / Embrach**  
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Horgen / Oberrieden**  
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Männedorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

**Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon**  
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

**Bezirk Pfäffikon / Weisslingen**  
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

**Bezirk Uster / Uster**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

**Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss**  
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

**Bezirk Winterthur / Elgg**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**  
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

**Stadt Winterthur / Seen**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**  
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich / Kreis 3**  
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

**Stadt Zürich / Kreis 6**  
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 11**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich / Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Hinwil**  
Montag, 22. März 2010, 20.00 Uhr, Gasthof Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, Sessionsveranstaltung mit Nationalrat Lukas Reimann.

**Bezirk Winterthur / Hettlingen**  
Freitag, 22. Januar 2010, Mehrzweckhalle Hettlingen, SVP-Jassturnier. Standblat-tausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr. Anmeldungen bis Montag, 18.

Januar 2010 an Walter Müller, Bahnhofstrasse 17, 8422 Pfungen, Telefon 052 304 00 00 oder per E-Mail: mail@zier.ch.

**Stadt Zürich / Kreis 7**  
Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Generalversammlung. Veranstalter: Urs Fehr Präsident SVP 7.

**Stadt Zürich / Kreis 9**  
Samstag, 30. Januar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 6. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 13. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 27. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

**Stadt Zürich / Kreis 10**  
Montag, 18. Januar 2010, 19.30 Uhr, Höngg, Limmattalstrasse 228, Restaurant Limmatberg, Wahlveranstaltung mit den Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel.

Donnerstag, 25. Februar 2010, 19.30 Uhr, Höngg, Limmattalstrasse 228, Restaurant Limmatberg, Generalversammlung Kreis 10.

**Stadt Zürich / Kreis 12**  
Samstag, 30. Januar 2010, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, Zürich (Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz), traditionelle Lichtmess mit den Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel, Regierungsrat Ernst Stocker, Nationalrat Alfred Heer sowie den Mandatsträgern von Zürich Nord. Gesprächsleitung: Kantonsrat Christian Mettler, Musik mit dem Männerchor Schwamendingen. Verpflegung: Suppe, Servalats, Brot, Tee und Wein.

**SVP-Frauen Kanton Zürich / Bezirk Winterthur und SVP Winterthur Altstadt**  
Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.00 Uhr, Winterthur, Am Lindenplatz 2, Restaurant Hirschen, «Erfolgreiche Wahlen!» 19.30 Uhr Begrüssung mit Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Wahlkampf (Vorbereitung/Umsetzung) Gregor A. Rutz, Vize-Präsident SVP Kanton Zürich, Kandidatenvorstellung mit Daniel Oswald, Stadtratskandidat Winterthur und Chantal Leupi, Gemeinderatskandidatin Winterthur. Erfahrungen aus dem Wahlkampf Erfolgreich im Amt mit Nationalrätin Natalie Rickli, anschliessend Diskussionsrunde. Kontakt: Jacqueline Hofer, E-Mail: info@jhofer.ch, www.svpfrauen.ch.

**SVP-FRAUEN**

**Frauengruppe SVP Stadt Zürich**  
Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00–12.00 Uhr, Albisriederplatz, Haltestelle Bus 33, neben der Apotheke, Standaktion zusammen mit dem Kreis 3. Gemeinderätin Marina Garzotto, 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates, kandidiert erneut im Kreis 3. Die Frauengruppe unterstützt sie und empfiehlt sie zur Wiederwahl. Wir verteilen am Stand Kaffee und Kuchen. Marina Garzotto ist anwesend. Nutzen Sie diese Gelegenheit, kommen Sie vorbei und lernen Sie Marina Garzotto persönlich kennen.

Samstag, 6. Februar 2010, 9.00–11.00 Uhr, Lindenplatz, Standaktion mit Gemeinderatskandidatin Margrit Haller, Kreis 9. Es werden Kaffee und Kuchen verteilt.

Dienstag, 11. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 1. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

**SVP-Frauen Kanton Zürich**  
Donnerstag, 4. Februar 2010, 20.00 Uhr, Gasthaus zur Krone, Pavillion, Schlossstrasse 4, Greifensee, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Familieninitiative der SVP-Familie stärken!» mit Nationalrat Bruno Zuppiger und Rösli Zuppiger, Autorin «Nestwärme für Kinder – Blutwurst für Herrn Bundesrat». Mitglieder der SVP Kanton Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich / SVP Greifensee. Kontakt/Informationen: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Dübendorf, info@jhofer.ch, http://www.svpfrauen.ch.

**WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN**

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30–17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I (14.15 bis 15.30 Uhr) «Sicherheitspolitische Positionierung: Aus-

landeinsätze der Armee wie weiter?» u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Veranstaltung «Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz» des Center for Security Studies, ETH Zürich.

**10. Nationaler SVP-Jasscup in Näfels Glarus**

Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–15.00 Uhr, Oberurnerstrasse, Sportzentrum Linth-Arena SGU, Jubiläums-Jasscup, Beginn 10.30 Uhr, auch «Nicht-Jasser» sind eingeladen. Teilnahmegebühr: Fr. 30.00 pro Person, Anmeldungen bis 14. Februar 2010 bei: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail: merian@svp.ch.

**sifa Sicherheit für alle**

Samstag, 23. Januar 2010, 9.45–12.00 Uhr, Aarau, Obere Vorstadt 10, Grossrats-Saal im Grossratsgebäude, 4. sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik, Referat mit KKdt André Blattmann zum Thema: Schweizer Armee Sicherheit und Freiheit. Anschliessend Diskussion und Apéro bis 13.00 Uhr.

**VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN**

**Öffentliche Veranstaltung Kreis 7**  
Donnerstag, 21. Januar 2010, 14.30 Uhr, Witikonstrasse 279, Zentrum Witikon, Restaurant Elefant, mit den Gemeinderatskandidaten Urs Fehr und Lorenzo Leutenegger, Thema: Warum und wie sich die Politik um Senioren zu kümmern hat. Anschliessend Kaffee und Kuchen.

**IMPRESSUM**

**Der Zürcher Bote**

ISSN 1660-6701  
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich  
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:  
Parteimitglieder Fr. 48.–  
Nichtmitglieder Fr. 58.–  
+2,4% Mehrwertsteuer

**Redaktion:** Seite 1–8  
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiet (gad.)  
Tel. 044 217 77 64  
Fax 044 217 77 65  
zb@svp-zuerich.ch

**Mitarbeiter:**  
Claudio Zanetti (zac.)  
Hans Fehr (fe.)

**Inseraten-Annahme:**  
«Zürcher Bote», Inserate  
Seestrasse 95, 8800 Thalwil  
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78  
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

**Inseratenschluss:**  
Mittwoch 15.00 Uhr  
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–  
+7,6% Mehrwertsteuer

**Druck und Abonnementsdienst:**  
Stutz Druck AG  
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil  
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22  
info@stutz-druck.ch



SVP Frauen Kanton Zürich

**Mittwoch, 13. Januar 2010**

**Restaurant Hirschen**

Am Lindenplatz 2, 8408 Winterthur  
(Bus Nr. 2 bis Lindenplatz)

**SVP-Veranstaltung**  
**«Erfolgreiche Wahlen!»**

19.00 Uhr Türöffnung  
19.30 Uhr Begrüssung Gemeinderätin Jacqueline Hofer

**Wahlkampf (Vorbereitung/Umsetzung)**

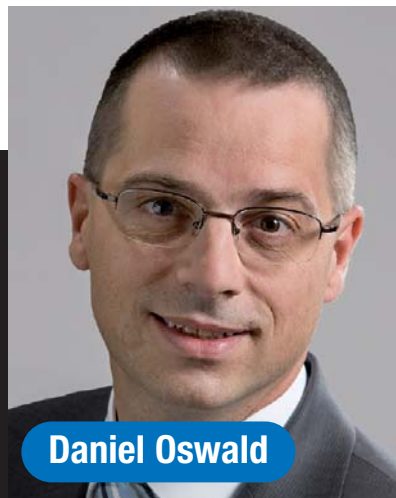
Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich

**Kandidatenvorstellung**

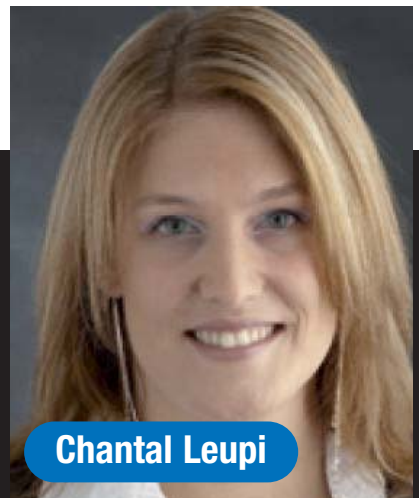
Daniel Oswald, Stadtratskandidat Winterthur  
Chantal Leupi, Gemeinderatskandidatin Winterthur

**Erfahrungen aus dem Wahlkampf**  
**Erfolgreich im Amt**  
**Nationalrätin Natalie Rickli**

anschliessend Diskussionsrunde



Daniel Oswald



Chantal Leupi



Gregor A. Rutz

**Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Parteifreunde sind herzlich willkommen!**

Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich /  
Bezirk Winterthur und SVP Winterthur Altstadt

Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer · info@jhofer.ch · www.svpfrauen.ch



Gestaltung: Karin Kuster-Hofer · www.tgc.ch